Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 17 / 13 585
Schriftliche Anfrage

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Stefan Evers (CDU)

vom 08. April 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 09. April 2014) und **Antwort**

Ergebnisse der Zukunftswerkstatt Bundesplatz

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wie bewertet der Senat den Verlauf und die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt Bundesplatz?

Frage 2: Wie bewertet der Senat den Wunsch der Anwohnerschaft nach verbesserten Überquerungsmöglichkeiten zwischen Platz und Umgebung, um die Zugänglichkeit des umgestalteten Platzes zu erhöhen?

Frage 3: Wie bewertet der Senat die Forderung, die Fahrspuren der Bundesallee für den motorisierten Verkehr zu reduzieren?

Frage 4: Welche Auswirkungen hätte eine Reduzierung der Fahrspuren der Bundesallee auf den Verkehrsfluss in diesem Bereich und auf welche Zahlen gründet sich die entsprechende Einschätzung des Senats?

Frage 5: Wie bewertet der Senat die Forderung, die autobahnähnliche Gestaltung der Bundesallee nördlich des Bundesplatzes zu verändern und welche Möglichkeiten sieht er dafür?

Frage 6: Wie bewertet der Senat die Forderung, den Verkehr auf der Bundesallee langfristig ausschließlich oberirdisch zu führen und welche Auswirkungen hätte dies insbesondere auf Lärm- und Abgasemissionen im Bereich des Bundesplatzes?

Antwort zu 1 bis 6: Die Zukunftswerkstatt Bundesplatz wurde von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt finanziell sowie durch aktive Mitwirkung unterstützt. Es war ein zielorienter und konstruktiver Beteiligungsprozess, in dessen Ergebnis sowohl kurzfristig als auch mittel- bis langfristig umsetzbare Maßnahmen aus unterschiedlichsten Handlungsfeldern herausgearbeitet wurden.

Die Erleichterung der Zugänglichkeit zum Platz durch verbesserte Querungsmöglichkeiten in den Fahrbahnspangen beidseitig des Platzes ist eine der kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen und wird prinzipiell befürwortet. Voraussetzung dafür ist jedoch ein Konzept für die Platzgestaltung mit Ausweisung der Wegeverbindungen und Festlegung der Platzzugänge. Die Verantwortung für die Planung und Umsetzung dieser Maßnahmen liegt ausschließlich in der Zuständigkeit des Bezirkes, da der Bundesplatz eine öffentliche Grünfläche ist. Die Ausgestaltung der Überquerungsmöglichkeiten hängt wesentlich von den Nutzungen auf dem Platz und daraus resultierenden Querungsbedürfnissen ab und ist in jedem Fall aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht zu prüfen.

Die Bundesallee ist eine wichtige, in Nord-Süd-Richtung verlaufende Straße, über die viele Verkehrsbeziehungen der Ortsteile Wilmersdorf und Friedenau führen. Durch die nahe gelegenen Autobahnanschlussstellen Wexstraße (A 100) und Saarstraße (A 103) werden Bundesfernstraßen (hier: Autobahnen) erreicht.

Die Straßenverkehrszählung 2009 weist nördlich der A 100 bis zu 35.700 Kfz/24 h, im Bereich der Autobahn (A 100) 37.300 Kfz/24 h und südlich der Autobahn (A 100) 29.700 Kfz/24 h werktags aus. Im Bereich des Bundesplatzes selbst sind durchschnittlich 34.700 Kfz/24 h werktags erfasst worden.

Diese erheblichen Kfz-Verkehrsmengen zeigen, dass die Bundesallee eine der großen durchgängigen Verkehrsachsen in diesem städtisch verdichteten Bereich des Berliner Südwestens ist. Neben der Bündelung der Durchgangsverkehre leistet die Bundesallee mit ihrer Sammel- und Verteilerfunktion darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag zur verkehrlichen Erschließung des angrenzenden Stadtraums.

In Anbetracht sinkender Kfz-Zahlen ist langfristig eine Reduzierung der Fahrspuren in der Bundesallee denkbar, auch die Diskussion über die Zukunft des Tunnels für den Motorisierten Individiualverkehr (MIV) ist langfristig vorstellbar. Derartige Maßnahmen erfordern jedoch ein sehr hohes Investitionsvolumen und im Vorfeld umfassende Untersuchungen. Mit dem voraussichtlich durchzuführenden Planfestellungsverfahren würden u.a. sowohl die verkehrlichen Aspekte als auch die Lärm- und Abgasemissionen infolge der geplanten Veränderungen vollumfänglich untersucht und bewertet werden.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Frage 7: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, den Straßenraum unter der Stadtautobahn mittelfristig aufzuwerten und wie bewertet er die diesbezüglichen Vorschläge aus der Zukunftswerkstatt?

Frage 8: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, für die Unterführung von Autobahn und S-Bahn im Bereich der Bundesallee, den Parkplatz unter der Autobahn sowie für die Passage zwischen Bernhardstraße und Varziner Platz, zu einem mit den jeweils Zuständigen abgestimmten Lichtkonzept zu kommen und welche Finanzierungsmöglichkeiten wären dafür denkbar?

Frage 9: Wie bewertet der Senat die Aussichten eines P+R-Konzeptes für den Parkplatz im Bereich des historischen Eingangs zum S-Bahnhof?

Antwort zu 7 bis 9: Der Parkplatz unter der Autobahn A 100, in Verlängerung der Bernhardstraße, ist als P+R-Fläche beschildert. Es ist ein hoher Belegungsgrad festzustellen. Die Fläche ist öffentlich gewidmet und liegt in der Zuständigkeit des Bezirkes.

Seitens des Senats stehen keine Mittel für ein verändertes P+R-Konzept im Bereich des S- und U-Bahnhofs Bundesallee zur Verfügung.

Die Beleuchtung der öffentlich gewidmeten Flächen unter der Unterführung von Autobahn und S-Bahn liegt in der Zuständigkeit des Landes Berlin. Diese Flächen umfassen den vorhandenen P+R-Platz, den Gehweg entlang des P+R-Platzes zwischen Bundesallee und Bernhardstraße sowie die Flächen unterhalb der Unterführungen im Bereich der Bundesallee. Die Beleuchtung der genannten Bereiche entspricht dem Berliner Standard, so dass Änderungen an der Beleuchtungsanlage nicht zwingend notwendig sind. Inwieweit zusätzliche Illuminierungen die vorhandene Beleuchtungsanlage ergänzen können, bedarf einer zusätzlichen Untersuchung und im Falle einer Umsetzung der vorab zu vereinbarenden Sicherstellung der Finanzierung für Herstellung und Unterhaltung der Anlage.

Gestalterische Aufwertungen zur Verbesserung der räumlichen Situation unterhalb der Stadtautobahn sind grundsätzlich denkbar. Eine Konkretisierung dieser Absichten bedarf neben dem öffentlichen Interesse auch der Formulierung einer politischen Willensbekundung.

Frage 10: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, eine sicherere Querung der Wexstraße und eine attraktivere Zuwegung und Zugänglichkeit von Osten zur S-Bahn zu schaffen?

Antwort zu 10: Das Querungsbedürfnis in der Wexstraße, in Höhe der Bernhardstraße (östlicher Bahnhofszugang) ist vorhanden. Ob eine zusätzliche, Lichtsignalanlagen-gesicherte Querung zwischen den bereits signalsgesicherten Knotenpunkten Wexstraße/ Prinzregentenstraße und Bundesallee / Wexstraße – Detmolder Straße oder alternativ der Bau einer zweiten befestigten Querungsstelle im Mittelstreifen einschl. Bordabsenkungsmaßnahmen in den Seitenräumen umsetzbar ist, müsste im Rahmen einer Untersuchung geklärt werden.

Frage 11: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, einen durchgehenden Radweg von der Detmolder Straße bis zum Innsbrucker Platz zu schaffen und in welcher Weise bzw. mit welchen verkehrlichen Auswirkungen wäre der Verkehrsraum dafür umzugestalten?

Antwort zu 11: Eine direkte Radverkehrsverbindung vom Bundesplatz über die Wexstraße zum Innsbrucker Platz lässt sich wegen der in die Wexstraße einmündenden Autobahnabfahrt nicht ohne eine neue Lichtsignalanlage oder umfangreiche Umbauten an der Autobahnabfahrt schaffen. Zudem müsste bei einer Umgestaltung der Wexstraße zur Markierung von Radfahr- oder Schutzstreifen eine der beiden Fahrspuren oder ein Teil der Flächen für den ruhenden Verkehr entfallen. Zur Schaffung baulicher Radwege wären zusätzlich weitgehende Straßenumbauten erforderlich. Aus diesen Gründen ist es nicht möglich, kurzfristig durchgehende Radverkehrsanlagen in der Wexstraße zu schaffen. Zudem steht mit den Radverbindungen entlang der Durlacher Straße und des Volksparks Wilmersdorf eine gute Alternative zur Verfügung.

Berlin, den 22. April 2014

In Vertretung

Christian Gaebler

.....

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Apr. 2014)